

Stellungnahme zum Nachtragshaushalt 2014

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren

Zum vorgelegten Nachtragshaushalt für 2014 nimmt die Fraktion der CDU wie folgt Stellung:

1. Vorbemerkung

Vor fast genau einem Jahr haben wir die Jahresrechnung **2012** beraten. Die Jahresrechnung 2013 liegt noch nicht vor, wir haben auch nur rudimentäre Aussagen zum Verlauf 2013.

In der Gemeinde Forst wurde dieser Tage lt. Notiz in den BNN dem Gemeinderat ausführlich über den Verlauf des Jahres **2014** berichtet.

Wir erfahren dieses Jahr auch relativ früh etwas über den Verlauf 2014, leider aber nur in der Form eines Nachtrages, der es in sich hat.

Wir gehen positiv gesehen davon aus, dass mit dem Nachtrag allen Belangen für das restliche Haushaltsjahr Rechnung getragen wurde. D.h. es muss vorausgesetzt werden, dass man belastbare Abschätzungen über den restlichen Verlauf des Jahres vorgenommen hat.

Es ist also möglich derartige Abschätzungen vorzunehmen, in Unternehmen nennt man das auf neudeutsch „Forecast“ auf Altdeutsch kann man auch einfach „Vorschau“ sagen.

Damit gibt es aus unserer Sicht überhaupt keinen Grund, warum auch in „normalen“ Jahren dem Gemeinderat nicht mindestens zu Jahresmitte etwas über den bisherigen Verlauf und das zu erwartende Ergebnis des Jahres berichtet werden sollte.

Wir werden das daher als unser CETERUM CENSEO (im Übrigen sind wir der Meinung...) immer wieder unermüdlich vortragen.

2. Nachtrag Übersicht

Bei der genannten Stellungnahme zur Jahresrechnung haben wir zum gegenüber der Planung besseren Ergebnis aufgrund von Steuermehreinnahmen ausgeführt:

„Dieses Ergebnis kann aber nicht für alle Zeiten vorausgesetzt werden, wir hatten auch schon mal statt 8 ME Gewerbesteuer nur 2,8 ME, die Ausgaben bleiben dann aber“

Wir hätten nicht in Alpträumen daran gedacht, dass dies so schnell eintritt. Umso mehr sehen wir uns einerseits in unserer immer wieder vorgetragenen Forderung nach Verbesserung des strukturellen Defizits im Haushalt und andererseits in der Forderung bestätigt, keine Investitionen mit massiven Folgekosten zu tätigen, sondern erst mal das laufende Investitionsprogramm zu erledigen.

Herr Oberbürgermeister, wir sehen in Ihrer Ankündigung eine entsprechende Kommission einsetzen zu wollen, dass Sie dieser Forderung nun endlich Rechnung tragen.

Des Weiteren haben Sie mehrfach in öffentlichen Veranstaltungen ausgeführt, dass die Stadt ca. 8 Mio. Gewerbesteuer erstatten musste. Im vorliegenden Nachtrag ist aber nur eine Steuerminderung von 3,5 Mio vorgesehen, demnach müssen entweder entsprechende Mehreinnahmen von anderen zu erwarten sein, was wir nicht in dieser Größe annehmen und/oder ein ganz erheblicher Teil war schon in 2013 angefallen.

Wir können uns nicht entsinnen, dazu beim Haushaltsbeschluss für 2014 etwas gehört zu haben oder auch nur einen Hinweis, dass wir für 2013 einen so massiven Einbruch erwarten müssen. Letztlich wird sich das ja bei der Jahresrechnung 2013 zeigen, es ist aber wohl davon auszugehen, dass dabei nicht einmal mehr die geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt erreicht wird.

Wir können Ihnen daher den Vorwurf nicht ersparen, den Gemeinderat zu lange über diesen gravierenden Sachverhalt im Unklaren gelassen zu haben. Gelegentliche mehr oder weniger kryptische Äußerungen sind da leider nicht ausreichend.

3. Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt wird statt einer Zuführung zum Vermögenshaushalt von 1.646 TE nun noch 7 TE für die Sozialstiftung vorgesehen, ansonsten aber kann der Verwaltungshaushalt nur durch eine Zuführung VOM Vermögenshaushalt ausgeglichen werden.

Die Verbesserungen beim Einkommensteueranteil und der Schlüsselzuweisungen sind da allenfalls ein Trostpflaster und werde auch durch niedrigere Zuschüsse von Land (-218 TE für Kindergärten) fast wieder aufgefressen.

Auf der Ausgabenseite sehen wir Einsparungen von 285 TE (12,6%) in der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, was heißt, dass aller Voraussicht nach nur noch das allernotwendigste gemacht werden kann, vielleicht noch nicht einmal mehr das. Also fahren wir auf Verschleiß!

Hinter der Einsparung von 88 TE bei den „besonderen Aufwendungen für Beschäftigte“ verbirgt sich mit 78 TE die Herabsetzung der Ausgaben für die Anschaffung von Dienst- und Schutzkleidung für die Feuerwehren (22 TE statt bisher 100 TE). Wir können nur hoffen, dass da nicht mit der Sicherheit der Feuerwehrleute gespielt wird

Die Einsparungen bei den „Zuschüssen an soziale Einrichtungen“ von 124 TE betreffen die Personal- und Sachkostenzuschüsse an die Kindergärten.

Andererseits sehen wir auch Mehrausgaben bei Mieten und Pachten von 168 TE, das ist fast eine Verdoppelung, da müssen wir annehmen, dass der Ansatz von vorneherein nicht gestimmt hat.

Und nicht zuletzt sind auch völlig zu Recht aus dieser Situation Mehrausgaben für Zinsen von fast 50 TE geplant.

Dazu muss man sich vergegenwärtigen, dass der Ausgleich aus dem Vermögenshaushalt von immerhin 1.852 TE ja nicht aus Geldzuflüssen durch Verkauf von Vermögen stammt sondern durch Kreditaufnahmen,

4. Vermögenshaushalt

Das ist auch aus dem Vermögenshaushalt unmittelbar nachzuvollziehen.

Die Rücklagen sind bis auf die gesetzliche Mindestrücklage aufgelöst, es wird verkauft, was sich verkaufen lässt. Auf der Ausgabenseite wird verschoben was sich irgendwie verschieben lässt (Grundstückserwerb 710 TE, Baumaßnahmen 1.635 TE, für ein Darlehen wird die Tilgung ausgesetzt 500 TE) Demnach müssten auch die Kreditaufnahmen geringer ausfallen, das tun sie aber bis auf 870 TE nicht, sondern bleiben bei 5.785 TE, ergo wir finanzieren unseren laufenden Betrieb auf PUMP und zwar ggf. über Kassenkredite, d.h. wir überziehen unser Girokonto!

5. Aussagen zur Vermögens- und Finanzlage

Hinsichtlich der liquiden Mittel leben wir mehr oder weniger von der Hand in den Mund. Da ist die nach wie vor bestehende Eigenkapitalquote nur ein geringes Trostpflaster, hilft aber bei der Kreditwürdigkeit.

Allerdings muss mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass diese hohe Quote zum allergrößten Teil darauf zurückzuführen ist, dass der Vermögensverzehr durch Abschreibungen nur bei den kostenrechnenden Einheiten überhaupt abgebildet wird und hier die Abschreibungen im Finanzbereich auch wieder als Einnahmen angesetzt werden. Man muss daher davon ausgehen, dass hier immer wieder nur neu hinzugebucht wurde und ein Abbild der tatsächlichen Werte heute nicht besteht.

Hier wird die Umstellung auf die Doppik mehr als massive Spuren hinterlassen, weil es da zu einer Anpassung an aktuelle Werte kommen muss und da sicherlich der eine oder andere noch enthaltene Vermögensposten sich als nicht mehr existent und/oder wertlos herausstellen wird.

6. Zusammenfassung

Not und Elend kennzeichnen diesen Nachtrag.

War das abzusehen?

Zu einem erheblichen Teil müssen wir das leider annehmen, es muss doch klar sein, dass eine Insolvenz Folgen hat, auch wenn noch keine Finanzamtsbescheide auf dem Tisch liegen.

Zu einem anderen nicht ganz unwesentlichen Teil muss man allerdings von einer wirklich nicht vorhersehbaren Überraschung ausgehen, die sich auch zu allem Übel noch der Einflussnahme durch die Kommune entzieht.

Hier kann man nur darum ersuchen, dass man nach diesem Erlebnis vielleicht mehr als bisher den Kontakt zu den ansässigen Unternehmen und oder den zuständigen Finanzämtern sucht und auch regelmäßig hält, um schon im Vorfeld von ggf. vorhandenen Rechtsstreiten und/oder strukturellen Veränderungen mit Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen zu erfahren.

Man tut sich insgesamt schon enorm schwer, diesem Nachtrag zuzustimmen.

Einerseits kann man hoffen, dass es sich um zwar massive aber dennoch um Einmalvorgänge handelt, die in den Folgejahren nicht wieder so auftreten werden. Insofern ist es vielleicht nur ein einmaliger Rückschritt, dem jetzt mit diesem Nachtrag halt Rechnung getragen wird. Andererseits sind nach wie vor ungelöste strukturelle Probleme vorhanden, auf die wir schon lange und nun auch der Kämmerer in seinen Erläuterungen warnend hinweist, das lässt sehr wohl die Auffassung zu, dass dem Haushalt insgesamt so nicht zugestimmt werden kann.

Wir stellen daher keine einheitliche Fraktionsmeinung fest, sondern überlassen es den Mitgliedern der Fraktion der einen oder anderen Beurteilung zu folgen.